

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/10

Bonn, den 15. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Keine Manipulation</u> Übergangswahlrecht steht nicht mehr zur Debatte	21
	<u>In Erinnerung gebracht</u> Erhard und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	24
1 a	<u>Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (I)</u> Eine überfällige Reform Von Irene Maier	47
2 - 3	<u>Das Recht auf Information</u> Gedanken zu den "Sozialdemokratischen Perspektiven" Von Martin Hirsch, KdE	92
4 - 5	<u>Politische Bildungsarbeit - aber wie?</u> Vor Beantwortung Großer Anfragen durch den Innenminister	51

* * *

*

Keine Manipulation

Übergangswahlrecht steht nicht mehr zur Debatte

sp - Noch immer wird spekuliert, ob nicht doch noch im Jahre 1969 ein anderes als das jetzt gültige Wahlrecht zustande kommen könnte. Ob Kommentare, die in diese Richtung zielen, von nervös gewordenen CDU-Abgeordneten inspiriert werden, ist nicht ganz klar; das muß die CDU unter sich ausmachen. Seit vergangener Woche haben die Vorsitzenden der Koalitionsparteien sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen übereinstimmend erklärt, daß ein Übergangswahlrecht für die Bundestagswahl 1969 nicht mehr zur Debatte steht, daß man jedoch für 1973 nach wie vor die Einführung des Mehrheitswahlrechtes beabsichtige. Dieser Beschluß entspricht durchaus den in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 angekündigten Absichten der Regierung der Großen Koalition. Nun ist es zwar richtig, daß der Bundestag die letzte Entscheidung zu treffen hätte, man wird jedoch kaum annehmen müssen, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien ihre Vorsitzenden zu desavouieren gedenken. - In der SPD hat man seit Aufkommen der Diskussion über eine Wahlrechtsreform erklärt, man werde diese Frage gewissenhaft prüfen und nach Vorlage entsprechender Gesetzestexte u.U. auf einem außerordentlichen Parteitag die Entscheidung treffen. Ebenso eindeutig ist der Wille der SPD, keine Manipulation mit dem Wahlrecht zuzulassen. Es erübrigt sich also tiefgründige Gedanken darüber zu äußern, ob nicht "vielleicht doch noch" andere Entscheidungen kommen könnten.

+ + +

In Erinnerung gebracht

Erhard und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

sp - Bundeskanzler a.D. Professor Dr. Ludwig Erhard hat in einer englischen Zeitung die Bundesregierung kritisiert. Er meinte, die Bundesregierung müsse mehr für den Beitritt Großbritanniens zur EWG tun als bisher bekannt geworden sei. CDU-Bundestagsabgeordneter Erhard übte sich offenbar in der bei politischen Dingen meist nicht angebrachten Un-
geduld der Ungeduld. Was er damit erreichen will, weiß sicher nur er allein. Wahrscheinlich glaubt Erhard, er könne sich mit solchen Bemerkungen wieder in Erinnerung bringen, was immerhin noch verständlich wäre. Nicht verständlich ist dagegen, daß Herr Erhard so tut, als habe er bereits sein Wirken als ehemaliger Bundeskanzler vergessen. Als er noch dieses Amt bekleidete und als Volkskanzler die Umwelt immer wieder in Erstaunen versetzte, verkündete er jedesmal nach Rückkehr von einer Auslandsreise, er befinde sich mit seinen Gesprächspartnern in allen entscheidenden Fragen "in voller Übereinstimmung". Daß er hinterher demontiert wurde, betrückte ihn zwar sehr, ließ ihn jedoch nicht verdrießen. Aber offensichtlich hat Herr Erhard damals überhaupt nicht gemerkt, wie groß die Schwierigkeiten sind, um zu einer alle Teile befriedigenden Lösung des Problems eines Beitritts Großbritanniens und anderer beitragswilliger Staaten zur EWG zu kommen. Herr Erhard merkt das wahrscheinlich auch jetzt noch nicht und deshalb sei ihm gestattet, so dahinzureden, als gelte es nicht, die bestimmt nicht von der Bundesregierung errichteten Barrieren zum Beitritt Großbritanniens in die EWG mit Umsicht so aus dem Wege zu räumen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft weiter bestehen kann.

+ + +

- 2 a -

Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (I)

Eine überfällige Reform

Von Irene Maier

Wenn der Bundestag in dieser Woche den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder in erster Lesung behandelt, sind fast 50 Jahre vergangen, seit die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 den Gesetzgeber aufforderte, den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen. 30 Jahre später hat das Bonner Grundgesetz vom 23. Mai 1949 diesen Gesetzesbefehl erneuert. Bis heute ist er unerfüllt geblieben.

In dem halben Jahrhundert der Diskussion um diese Reform haben wir die Folgen zweier Weltkriege im Inneren bewältigt und in den letzten zwei Jahrzehnten eine darniederliegende Wirtschaft in einem zerstörten Land wiederaufgebaut, wir haben Millionen Flüchtlinge eingegliedert, aber den im Durchschnitt der letzten 20 Jahre jährlich ca. 5 bis 7 Prozent unehelich geborenen Kindern die gleichen Startbedingungen wie den ehelichen versagt. Noch immer ist der Prozentsatz der unehelich Geborenen, die eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung genießen, verblüffend gering. Nur ca. 5 Prozent besuchen höhere Schulen, nur 1 Prozent die Universität. Etwas über die Hälfte der Jungen hat eine abgeschlossene Lehre, 10 bis 15 Prozent brechen die Lehre ab und knapp ein Drittel hat keine Ausbildung. Bei den Mädchen sind die Zahlen noch sehr viel ungünstiger. Dabei stammen die Eltern der unehelichen Kinder eben nicht überwiegend - wie immer wieder behauptet wird - aus der unteren sozialen Schichten, sondern zu etwa Zweidritteln aus den Mittelschichten, die selbst eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung haben.

Wenn die unehelich Geborenen in unserer Gesellschaft trotzdem am Ende der Stufenleiter rangieren, so hat dies seine Ursache mit darin, daß

- ihre Väter und die väterlichen Verwandten von Gesetzes wegen aus der Verantwortung für das Kind und seine Entwicklung entlassen sind und die Beziehungen zum Kind auf die reine Zahlvaterschaft beschränkt ist;

- ihre Mütter von Gesetzes wegen unter die Aufsicht des Jugendamtes gestellt und ihnen die gesetzliche Vertretung ihrer Kinder und die Vermögenssorge entzogen wird. Sie werden so unabhängig von ihren persönlichen Qualitäten an den Randbereich der für das bürgerliche Leben Unfähigen und sozial Gestrauchelten abgedrängt;

- unsere Gesellschaft in pharisäischer Überheblichkeit unehelichen Kindern und Müttern einen moralischen Makel anheftet und sie so gesellschaftlich und menschlich diskriminiert;

- uneheliche Mütter und Kinder zwar notfalls mit dem Existenzminimum aus der Sozialhilfe unterstützt werden, ihnen aber nicht - wie anderen gesellschaftlichen Gruppen und Wirtschaftsinteressen - rechtzeitig, ausreichend und nachhaltig finanzielle und soziale Hilfe gewährt wird, daß sie wie andere Kinder von vornherein eine ihren Fähigkeiten entsprechende Berufsausbildung anstreuen können.

Die Bundesrepublik ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat. Der Gesetzgeber muß nun endlich den Verfassungsauftrag erfüllen und für die unehelichen Kinder die gleichen Entwicklungsbedingungen schaffen wie für die ehelichen.

(Teil II folgt in der nächsten Ausgabe)

Das Recht auf Information

Gedanken zu den "Sozialdemokratischen Perspektiven"

Von Martin Hirsch, MdB

Der Entwurf "Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den 70er Jahren" wurde in den ersten Stellungnahmen der Presse, oft noch vor einer Darstellung seines Inhalts, als Versuch der SPD gewertet, sich für die Bundestagswahl 1969 zu "profilieren", genau so, wie es die CDU mit ihrem kürzlich veröffentlichten "Aktionsprogramm" getan habe.

Gegen diese Vorauswertung wäre nichts einzuwenden, wenn sie nicht aus einem offensibaren Mißverständnis über das Verhältnis zwischen Parteipolitik und Wahlen erwüchse. Die Formulierungen, mit denen auf die bevorstehenden Wahlen hingewiesen wird, lassen den Sinn solcher Werbung erkennen: darf man nicht so ganz ernst nehmen, ist Wahlkampf-Masche

Wozu werden in der parlamentarischen Demokratie eigentlich politische Wahlen abgehalten, wenn nicht zu dem Zweck, die Organisationen, die sich mit Kandidaten daran beteiligen, zur Vorlage eben solcher "Perspektiven" zu zwingen?

Wozu, wenn die Parteien nicht sagen brauchen, mit welchen Vorstellungen und Absichten sie im Parlament auftreten wollen? Sie soll der Wähler rational entscheiden, wenn er auf seinem Wahlzettel nur mehr oder weniger bekannte Namen findet, wenn diese Namen nicht lange zuvor mit konkreten sachlichen Vorstellungen und Zielsetzungen verbunden worden sind?

Je länger vor der Wahl diese Verbindung zwischen Personen und Programm hergestellt wird, umso gründlicher und gerechter kann der Wähler beurteilen, ob die Partei, die solche Vorstellungen formuliert, solche Parolen ausgegeben hat, sich in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung auch daran hält. Je früher die "Perspektiven" bekannt werden, desto genauer kann ihre Verbindlichkeit für ihre Verfasser, für die SPD, geprüft werden; denn niemand würde uns die Entschuldigung durchgehen lassen, dieses Papier "gelte" erst nach erfolgreicher Wahl.

In dieser Rechnung fehlt aber noch ein Posten, der sie erst zur demokratischen Gleichung machen kann: Die Wahlkampiparolen der Vergangenheit waren allen oft Meisterwerke der Verschleierung, propagandistischer Scham, der mit wenigen Worten noch weniger aussagte, bestimmt nichts verbindlich festlegte. Mit Parolen wie "Keine Experimente" oder "Wir sind wieder wer!" wurden demokratische Parlamentswahlen bestritten - und gewonnen! Ein Amutszeugnis für alle Beteiligten, gewiß; aber noch mehr: Wenn Wahlergebnisse allein davon abhängig werden, wer seine "Kundschaft" mit den wirksameren Werbeparolen zum Kreuze-Malen auf seiner Liste überreden kann, dann hat das mit demokratischer Wählerentscheidung eben genau so viel zu tun, wie Werbung mit Wahrheit, wie Überredung mit Überzeugung, wie Propaganda mit Information. Dann werden Wahlen zum unpolitischen Schaugeschäft; wer die besten Werbegags präsentiert, gewinnt. Wer denkt dann noch daran, daß der Siegerpreis Macht ist, Macht über die Zukunft jedes einzelnen Wählers?

Wollen wir die Wahlen wieder in ihre zentrale politische Funktion des demokratischen Systems bringen, wieder zu dem Vorgang machen, den das Grundgesetz mit dem Satz meint: "Alle Macht geht vom Volke aus", dann müssen wir dem Wähler die Möglichkeit zu rationaler politischer Entscheidung zurückgeben.

Diese Forderung setzt aber zwei Aufgaben: die Parteien müssen weg von ihren einseitigen Werbe-Maschen müssen die Öffentlichkeit konkret informieren; und um sie auf diesen ungleich schwierigeren, unangenehmeren Weg der offenen Auseinandersetzung über konkret benannte Vorstellungen zu zwingen, müssen auf der anderen Seite die Wähler befähigt werden, Propaganda von Information zu unterscheiden, Dummenfang von legitimer Wahlwerbung, Parlamentarische Wahlen können nur dann demokratische Entscheidungen über Machtfragen sein, wenn die Wähler in der Lage sind, ihre eigenen gesellschaftlichen Interessen zu erkennen, die politischen Bedingungen ihrer Durchsetzung selbständig zu beurteilen und danach vernünftig zu entscheiden, wen sie am ehesten zutrauen, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

Die Rechnung zwischen Wahl und Wahlprogramm geht als demokratische Gleichung also nur dann auf, wenn die Parteipapiere auf Wähler treffen die sie kritisch zu prüfen in der Lage sind. "Die Entwicklung unserer Demokratie setzt eine "informierte Gesellschaft" voraus, heißt es in den Sozialdemokratischen Perspektiven. Das hat mit dem bisher üblichen staatsbürgerlichen Bildungsritual genau so wenig zu tun, wie die "informierte Gesellschaft", die Ludwig Erhard uns beschreiben wollte, mit freierwilliger Demokratie.

Nicht umsonst steht die Forderung nach ebenso schneller wie gründlicher Bildungs- und Ausbildungsreform im Mittelpunkt des SPD-Papiers. Es ist kein Zufall, daß die immer schärfere und umfassendere Kritik der "Neuen Linken" an dem in der Bundesrepublik bestehenden "System" ihrem Ausgang von den Erfahrungen genommen hat, die Studenten mit unseren mittelalterlichen Hochschulverhältnissen machen mußten. "Politische Bildung" ist leeres Gewäsch, so lange sie nicht unmittelbar zusammenhängt mit gesellschaftlicher und beruflicher Bildung. Wie soll ich vernünftige Vorstellungen über politische Fragen und Konflikte entwickeln, wenn ich ihren Zusammenhang mit den Fragen des gesellschaftlichen Lebens und der Arbeitswelt nicht erkennen kann? Bildungs- und Ausbildungsreform sind erste Bedingung für den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt; sie sind aber auch Voraussetzung für eine über ihre politische Wirklichkeit und ihre Zukunftsmöglichkeiten aufgeklärte Gesellschaft; und nur diese ist fähig zu wirklich demokratischer Selbstbestimmung.

Es ist also nur konsequent, wenn die SPD ihre "Perspektiven" genannten Vorstellungen über die Politik der nächsten Jahre jetzt vorlegt. Das ist ein jetzt und hier möglicher Beitrag zur demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft: ausführliche und sachliche Darstellung ihrer konkreten politischen Zielsetzung, verbunden mit dem Zentralziel der Bildungs- und Ausbildungsreform für eine "informierte Gesellschaft".

Politische Bildungsarbeit - aber wie?

Vor Beantwortung Großer Anfragen durch den Innenminister

sp - Schon seit geraumer Zeit liegen dem Bundestag Große Anfragen der SPD, FDP und der CDU/CSU vor, die von der Bundesregierung eine klare Antwort erheischen, wie diese sich in Zukunft die politische Bildungsarbeit vorstellt. Es ist kein Geheimnis, daß gerade die politische Bildungsarbeit manches zu wünschen übrig läßt und oft genug als Nebensache betrachtet wird.

Lückes Vorstellungen

Wie aus dem Bundesinnenministerium zu hören ist, hat Bundesinnenminister L ü c k e zur Beantwortung der Großen Anfragen eigene Vorstellungen entwickelt, die interessant genug sind, um schon jetzt die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Lücke will erreichen, daß die zukünftige politische Bildungsarbeit durch ein Maximum von guten und korrekten Informationen gestützt wird. Er geht dabei von der Überlegung aus, daß die konstruktive und zugleich kritische Mitwirkung des Bürgers an der Gestaltung einer modernen Demokratie nur möglich ist, wenn der Staatsbürger durch eine umfassende Information sich mit der Demokratie und dadurch mit dem Staat identifiziert. Hierzu gehört auch die Entwicklung eines möglichst objektiven Geschichtsbildes, durch das eine Verbindung zwischen guter Tradition und zukünftigen Aufgaben des demokratischen Staates erreicht werden soll.

Trennung von Bildung und Propaganda

Beachtlich ist in der von Bundesinnenminister vorbereiteten Antwort auf die Großen Anfragen die Feststellung, daß zwischen politischer Bildung und Propaganda ein klarer Trennungsstrich gezogen werden muß. Politische Bildung darf nicht die Darstellung unterschiedlicher politischer Positionen ausschließen und soll auch dem Bürger

deutlich machen, welches die Alternativen zur jeweiligen Regierung sind.

Zu wenig Praktiker als Referenten

Wie es heißt, bedauert der Innenminister, daß in der Vergangenheit die politische Bildungsarbeit zu wenig von Persönlichkeiten getragen wurde, die selbst im öffentlichen Leben und in der politischen Tagesarbeit stehen. Damit berührt der Bundesinnenminister ein Problem, das seit Beginn der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik eigentlich ungelöst geblieben ist. Es stehen für die Tätigkeit in der politischen Bildungsarbeit zwar viele gutwillige Theoretiker zur Verfügung, aber viel zu wenig Praktiker

Ob dies auf einen gewissen Mangel an Interesse zurückzuführen ist, oder darauf, daß sich die "zuständigen Stellen" zu wenig darum bemüht haben, Politiker, Schriftsteller, Publizisten oder Wirtschaftler zur politischen Bildungsarbeit heranzuziehen, wird noch zu untersuchen sein. Allzu oft gewinnt man bei der Betrachtung der politischen Bildungsarbeit den Eindruck, daß bei der Auswahl von Referenten viel zu schematisch vorgegangen wird und daß dadurch die belebenden Elemente in der Darstellung unserer politischen Wirklichkeit fehlen.

Die Fraktionen des Bundestages, die zu diesem Thema Große Anfragen an die Regierung gerichtet haben, werden sicher aus ihren eigenen Erfahrungen und Beobachtungen noch manches dazu beitragen können, um einmal das Bild über den gegenwärtigen Stand der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik abzurunden und zum anderen Vorschläge zu entwickeln, wie man es in Zukunft besser machen kann.